Stuttgart links
Deutsche Kommunistische Partei
Kreis Stuttgart
Oktober 2011

Am 27.11.: NEIN zu Stuttgart 21, JA zum Ausstiegsgesetz!

Warum die Volksabstimmung Verarschung ist, wir aber trotzdem mitmachen müssen!

Wir wissen, dass die sogenannte Volksabstimmung am 27. November Stuttgart 21 nicht verhindern wird. Die Hoffnungen der S21-Mafia, damit den Widerstand zu delegitimieren, werden allerdings auch nicht erfüllt werden.

Warum die Volksabstimmung nicht demokratisch ist!

Die Forderung der Bewegung war immer, dass die Menschen über ihre Geschicke bestimmen. Es ging aber darum, dass die Menschen in Stuttgart über ihren Bahnhof abstimmen und in Baden-Württemberg über die Neubaustrecke abgestimmt wird. Dazu kommt, dass die gesetzlichen Grundlagen in der Landesverfassung erfolgreiche Volksabstimmungen auf Grund des hohen Quorums nahezu unmöglich machen. 30% aller Wahlberechtigten müssten gegen S21 stimmen. Nach diesem Quorum wäre keine der bisherigen baden-württembergischen Landesregierungen legitimiert gewesen. Dies erweckt schon den Eindruck, als ob hier eine Abstimmung inszeniert wird, die nur dazu dient, eine demokratische Legitimation zu simulieren. Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch, dass man kaum von „Waffengleichheit“ sprechen kann. Der stuttgarter Widerstandsbewegung steht eine Übermacht aus Unternehmen, Politikern und Medien entgegen. So fährt z.B. nach wie vor ein S21-Werbebus durchs Ländle, der von unseren Steuergeldern bezahlt wird. Der Widerstand muss sich selbst finanzieren.

Ausstiegsgesetz?

Vorgelegt zur Abstimmung wird ein Ausstiegsgesetz aus der Finanzierungsvereinbarung. Das heißt, es wird nicht über S21 abgestimmt, sondern nur über den Beitrag des Landes dazu. Damit wäre das Projekt zwar arg behindert, aber eben nicht verhindert. Außerdem muss die Landesregierung, bevor sie aus der Finanzierung mittels Volksabstimmung aussteigen will, erst mal klären, ob die Finanzierung überhaupt verfassungsgemäß ist. Dazu wäre die Einstellung der Zahlungen notwendig, da die Bahn dann klagen müsste und in diesem Verfahren die Rechtmäßigkeit der Finanzierung geklärt würde. Ganz zu schweigen vom Kostendeckel, den die Landesregierung sich auferlegt hat. Fast wöchentlich werden die Rechnungen der Bahn nach oben korrigiert. Wenn man die alten Zahlen des Bundesrechnungshofs nimmt und sich nicht auf die bahninternen Berechnungen verlässt, dann hätte man das Projekt schon längst kippen müssen.

Fortsetzung Seite 2

Rente: Ruhestand ohne Ruhe

In Deutschland gibt es rund 20 Millionen Rentner und rund 30 Millionen Beschäftigte, deren Zukunft die gesetzliche Rente ist. Unsere Regierungen machen aber mit der Altersversorgung der Bevölkerungsmehrheit was sie wollen.

Rente mit 87 - kein Problem!

Für Rentner wird Deutschland zum Armenhaus

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) stellte kürzlich fest, dass ein Neurentner in Westdeutschland durchschnittlich nur noch eine Rente von 820 € bekommt.

Schon heute müssen rund 660 000 Menschen im Alter zwischen 65 und 74 Jahren einer geringfügigen Beschäftigung nachgehen, weil ihre Rente sonst zum Leben nicht reicht. Aus demselben Grund sind nach Aussage der Bundesregierung immer mehr alte und kranke Bürger auf staatliche Sozialleistungen angewiesen. Anfang 2010

Fortsetzung Seite 2

Kernschmelze des Euros Seite 2
Gemeinsam gegen den Gipfel der Kriegstreiber! Seite 3
Rems-Murr Nazifrei! Seite 3
Skandal-Urteil gegen Antifaschisten Seite 4
100 Jahre Waldheim Gaisburg Seite 4

Fortsetzung von Seite 1

Die Volksabstimmung nutzen!

Die Volksabstimmung allein wird S21 nicht verhindern, sondern nur der massenhafte Widerstand auf der Straße. Wir werden aber die Etappe bis zur Volksabstimmung nutzen müssen um möglichst Viele von unseren Argumenten zu überzeugen. In den nächsten Monaten wird es darum gehen, die alte Stärke der Bewegung wieder zu gewinnen: Die massenhafte Aktivität der Menschen. Notwendig ist es, dass wieder viele Menschen in Bewegung kommen und aktiv für ihre Interessen einstehen. Dabei kommt es darauf an, dass wir die Vielzahl an Interessen, Einstellungen und Aktionsformen gegenseitig respektieren und uns nicht spalten lassen. Wichtig sind alle, die sich am Widerstand beteiligen, ob bei den Blockaden, bei den Mahnwachen oder Demos, mit Button oder Aufkleber.

Der Widerstand bleibt!

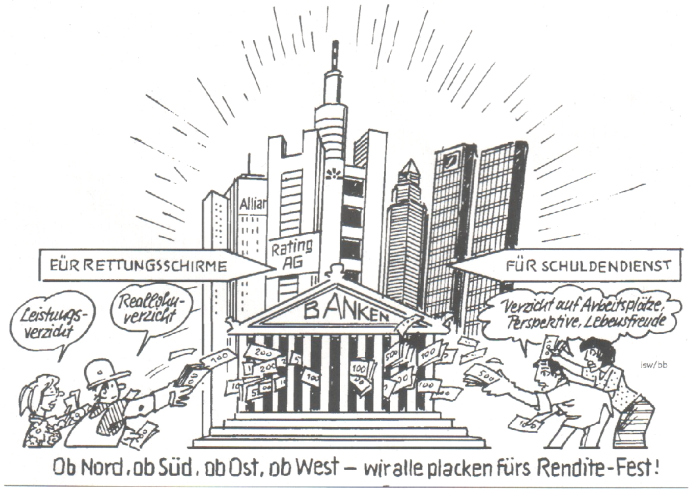
Notwendig ist, dass wir bei der Volksabstimmung in der Region Stuttgart die Mehrheit gegen S21 gewinnen, um damit unserem Widerstand den Rücken zu stärken. Wir werden auch im neuen Jahr der Bahn und den Konzernen aktiv entgegentreten müssen, denn nur so werden wir sie mit ihren Profitinteressen in die Schranken weisen können.

Kernschmelze des Euros

Seit Anfang 2010 übt sich die CDU/FDP Regierung in der Rettung des Euros. Die abzusichernden Milliarden steigen täglich und das Flickwerk mit den Rettungsschirmen droht stündlich zu reißen. Der Bundestag soll in nächster Zeit über den erweiterten Rettungsschirm (EFSF), der bereits jetzt auf 253 Mrd. € inklusive Risikoaufschlag angewachsen ist, abstimmen.

Finanzdesaster droht

Finanzminister Schäuble hatte in der Debatte über den EFSF argumentiert, dass die betroffenen Staaten Zeit brauchen, um ihre Haushalte anzupassen, die Defizite zurückzufahren und Strukturanpassungen vorzunehmen. Das Ganze ist ein weiterer Betrug. Es geht lediglich darum, das Casino weiter am Laufen zu halten.



Rettungschirme reißen

Die Summen, die in dem Euro-Monopoly bewegt werden, sind gigantisch. Die Europäische Zentralbank EZB besitzt für über 140 Mrd. € Staatsanleihen, die nur noch die Hälfte wert sind. Die BRD ist an den Verlusten der EZB mit 27% beteiligt. Aus den Staaten, die Bundeswirtschaftsminister Rösler (FDP) in eine geordnete Insolvenz drücken wollte, besitzt die Bundesbank Forderungen von 338 Mrd. €. Diese resultieren aus den langjährigen Leistungsbillanzdefiziten dieser Staaten als Folge des jahrelangen verschärfeten Sozialabbaus und zunehmenden Lohndrucks bei uns.

Abwertungsdruck bei Banken und Versicherungen

Die Banken und Versicherungen besitzen in einer Größenordnung von 18 Mrd. € Staatsanleihen mit Abwertungsdruck. Deren Wert lässt sich am Beispiel der LBBW, die nach der Lehmann-Pleite Anfang 2009 mit über 5 Mrd. € gestützt werden musste, ermitteln. Die LBBW besitzt griechische Staatsanleihen in Höhe von insgesamt 770 Mio. €. Davon wurden Anleihen im Nennwert von 603 Mio. € auf 300 Mio.€ abgewertet. Wenn die LBBW auch die von ihr gehaltenen italienischen, spanischen und portugiesischen Staatsanleihen in Höhe von 2044 Mio. € in gleichem Maßstab abschreiben muss, dann ist ihre Pleite wahrscheinlich.

„Rettung“ des Euros durch Inflation

Wie planen Merkel und Schäuble den Ausweg aus der Krise? Der Schrecken soll sich jahrelang hinziehen. Bezahlen sollen es die kleinen Leute. Der Chefvolkswirt der Deutschen Bank hat bereits eine Inflationsrate von 5% für die nächsten Jahre angeregt. Die Sparer und die Menschen mit Lebens- und Riesterversicherungen sollen die verzockten Summen bezahlen. Die Inflation wird uns, insbesondere den Rentnern und Hartz-IV-Beziehern, das Leben erheblich erschweren.

So wäre der Krise wirklich beizukommen:

- Enteignung der Banken und Verbot jeglicher Spekulationsgeschäfte
- Einrichten einer Haftungsunion statt einer Währungsunion; die Stärkeren für die Schwächeren
- Massive Erhöhung der Steuern für die Reichen.

waren es rund eine dreiviertel Million.

Die Zukunft der Rentner ist weitaus schlimmer. Der Sozialverband Deutschland schätzt, dass mindestens 35 % der heute Beschäftigten auf eine Rente unterhalb der Sozialhilfe zusteuern.

Rentenpolitik im Dienst der Banken und Konzerne

Verantwortlich für die wachsende Altersarmut ist die Politik von CDU/CSU, SPD, FDP und GRÜNEN. Mit der Einführung der Riester-Rente wurde die gesetzliche Altersvorsorge nicht nur gekürzt. Die Riester-Rente als private Ersatzrente ist für den künftigen Rentner ein Lotteriespiel, bei dem nur die Banken und Versicherungen gewinnen und nicht zuletzt die Unternehmer, die fürs Riestern keinen Arbeitgeberanteil zahlen.

Neben der Riester-Reform wurden weitere Rentenkürzungen beschlossen. Es gab Kürzungen durch Null-Runden bei der jährlichen Rentenanpassung bis hin zur Rente mit 67.

Besonders unter Druck gerät die gesetzliche Rente durch niedrige Löhne. Wer wenig verdient bekommt eine niedrige Rente. Um ein Existenzminimum von monatlich 684 € zu erreichen, wäre bereits heute ein Stundenlohn von 9,46 € notwendig.

Die Streichung aller Rentenkürzungen muss durchgesetzt, Mindestlohn und Mindestrente müssen erkämpft werden.

Die stetig steigende Produktivität und die damit verbundenen steigenden Gewinne, die von den Arbeitern erwirtschaftet werden, müssen sichere und auskömmliche Renten garantieren. Die Unternehmerseite muss zur Finanzierung der Renten stärker in die Pflicht genommen werden.

Impressum
DKP Kreis Stuttgart
Böblinger Str. 105, 70199 Stuttgart
www.dkp-stuttgart.org

10 Jahre Krieg gegen Afghanistan - 10 Jahre zuviel!

Gemeinsam gegen den Gipfel der Kriegstreiber!

Aus Anlass des 10jährigen Kriegsjubiläums gegen Afghanistan soll im Dezember 2011 ein Gipfeltreffen der Nato-Kriegsallianz und anderer Staaten in Bonn stattfinden („Petersberg 2“). Sie sagen: Der Krieg soll so lange weitergeführt werden, „bis die Afghanen für ihre eigene Sicherheit sorgen können“.

Wenn die Oberen vom Frieden reden …

In Wahrheit wird der Krieg weitergeführt, bis die imperialistischen Staaten das strategisch so bedeutsame zentralasiatische Land vollständig unter ihre Kontrolle gebracht haben. Dazu sagte einst Brzezinski (1977 - 1981 Sicherheitsberater des damaligen US-Präsidenten Jimmy Carter) sinngemäß: Wer in der Weltpolitik des 21. Jahrhunderts eine dominante Rolle spielen will, muss das „eurasische Schachbrett“ beherrschen und dazu ist Afghanistan ein Schlüsselfeld.

„Petersberg 2“ wird diese strategischen Ziele nicht (öffentlich) diskutieren, vielmehr wird noch einmal die „Abzugsperspektive“ 2014 bekräftigt und mit der Ankündigung garniert werden, parallel dazu „den zivilen Aufbau des Landes zu verstärken“.

Sie reden von Abzug, werden aber mindestens mit Sonderrechten für Ausbildungssoldaten und Militärstützpunkten bleiben, um ihren Einfluss im energiereichen Zentralasien, vor allem aber auf Afghanistans Nachbarländer Iran und Pakistan zu stärken.

Für den propagierten zivilen Aufbau des Landes braucht es stattdessen einen sofortigen Waffenstillstand sowie den unverzüglichen und bedingungslosen Abzug der fremden Truppen!

„Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen.“ (Jean Jaures)

Aus Anlass dieses Gipfels wird die Friedens- und Antikriegsbewegung vom 3. bis 5. Dezember in Bonn ebenfalls präsent sein und gegen die Kriegskonferenz der Nato protestieren (bundesweite Demo, Gegengipfel, Aktionen des zivilen Ungehorsams…).

Beteiligt Euch an den Protestaktionen, nähere Infos über Fahrkarten bzw. Mitfahrgelegenheiten gibt’s unter www.otkm.tk

UZ - Sozialistische Wochenzeitung der DKP

UZ

Che würde UZ lesen!

Jetzt 10 Wochen testen!

☐ Bitte schicken Sie mir die Wochenzeitung „Unsere Zeit“ für 10 Wochen kostenlos. Das Testabo endet automatisch.

☐ An den Kosten beteilige ich mich freiwillig mit 10,- Euro pro Testabo.
(bzw. mit einer Spende in Höhe von ..... Euro.)

Name

Vorname

Telefon Geburtsjahr

Straße

PLZ / Ort

CommPress Verlag GmbH • Hoffnungstraße 1 • 45127 Essen

Rems–Murr – Nazifrei! Kein Raum den rechten Umtrieben

Unter dieser Losung demonstrierten knapp 200 Menschen am 17. September in Korb. Aufgerufen dazu hatte das Bündnis „Rems-Murr Nazifrei“, ein breites, demokratisches antifaschistisches Bündnis, dem auch die DKP angehört. Sie sagen: Es reicht! Warum ausgerechnet Korb? Nach dem feigen neofaschistischen Brandanschlag auf ausländische Mitbürger im April 2011 in Winterbach wurde bekannt, dass im „Schwäbischen Hof“ in Korb in den Jahren 2009 und 2010 zwei Landesparteitage der NPD und im Juni 2010 ein Bundeskongress ihrer Jugendorganisation (JN) stattfanden. „Verfassungsschutz“, der Bürgermeister von Korb, der zuständige Landrat und die Polizei verheimlichten diese Treffen.

„Mit dieser behördlichen Praxis wurden neofaschistische Aktivitäten unterstützt und notwendiger antifaschistischer Protest bewusst verhindert. Ein ungeheuerlicher Skandal“, so der Sprecher der VVN/BDA im Rems-Murr-Kreis Walter Burkhardt auf der Abschlusskundgebung beim Schwäbischen Hof. Selbst der Gemeinderat von Korb und die gewählten Gremien wurden nicht informiert. Das hat zu großer Empörung, bis hin zu Rücktrittsforderungen der politisch Verantwortlichen geführt.

Doch auch danach hörte das braune Treiben der Nazis in Korb nicht auf. Sie treffen sich weiterhin im „Schwäbischen Hof.“ In Korb selbst sind auffallend viele rechtsradikale Aufkleber. Ein Beleg dafür, dass sich bislang Nazis in Korb wohl fühlen. Dazu Walter Burkhardt: „Wir werden nicht tatenlos zusehen, mit welcher Dreistigkeit die Nazis ihre rassistische, Propaganda verbreiten, nicht in Korb, nicht in Weiler, nicht in Winterbach, und auch nicht anderswo!“

Freiheit für Chris! 11 Monate Haftstrafe: Skandal-Urteil gegen aktiven Antifaschisten

Am 4.8. wurde Chris auf dem Weg zum Bäcker verhaftet.
Bei den Protesten gegen die rassistische „islamkritische Konferenz“ und gegen den Gründungsparteitag der Rechtsaußen-Partei „Die Freiheit“ Anfang Juni in Stuttgart soll er sich jeweils eines Körperverletzungsdeliktes schuldig gemacht haben. Obwohl die Anklage auf diffusen sich widersprechenden Zeugenaussagen (z.B. auch bzgl. der Personenbeschreibung) beruht, wurde Chris in erster Instanz verurteilt.
Vom gleichen Oberstaatsanwalt Häußler, dem vorgeworfen wird, einen Prozess gegen ehem. SS-Angehörige wegen eines Massakers in Italien bis heute zu verschleppen und gegen einen antifaschistischen Versandhandel wegen durchgestrichener Hakenkreuze (!) eine Prozessserie anstrengte, die erst durch den Bundesgerichtshof gestoppt wurde, wird hier ein politisches Abschreckungsurteil gegen einen jungen Antifaschisten gefordert.
Wir lassen es nicht zu, dass Antifaschismus diffamiert wird!
Es bleibt dabei: Faschismus ist keine Meinung sondern ein Verbrechen.
Nähere Infos unter:
www.solikreis-stuttgart.tk

Die DKP gratuliert:

100 Jahre alternativ Waldheim Gaisburg

Waldheim Gaisburg um 1912

Ein terrassenförmig angelegter Garten mit Blick auf den Stuttgarter Osten und das Neckartal, wo man es sich bei Bier, Schorle oder Limo und Vesper gut gehen lassen kann, während die Kinder auf dem großen Spielplatz ihren Spaß haben – so kennen viele Stuttgarterinnen und Stuttgarter das Waldheim Gaisburg. In diesem Jahr wurde es 100 Jahre alt. Im Jahre 1911 wurde es als Selbsthilfeeinrichtung der Arbeiterbewegung des Stuttgarter Ostens gegründet. Der Gründungsgedanke der solidarischen Selbsthilfe, der Unterstützung der sozialen und demokratischen Bewegungen hat sich im Waldheim Gaisburg bis heute erhalten. Es ist ein Treffpunkt solcher Bewegungen, vieler linker Gewerkschafter, der Friedensbewegung, der Kuba-Solidarität und anderer Initiativen geblieben und geworden. In Saal oder Garten des Waldheims finden Konzerte und Kabarett, Diskussionen und politische Veranstaltungen statt.
Der Traum von einem besseren Leben ist unter vielen Opfern, unter Kämpfen, Siegen und Niederlagen bis hin zu Faschismus und Krieg, heute ein Stück weit in Erfüllung gegangen - für viele, lange nicht für alle. Die Verwirklichung der Idee einer neuen solidarischen Gesellschaft ohne Ausbeutung und Krieg steht weiterhin auf der Tagesordnung.
Zum 100jährigen Jubiläum wurde vom Waldheimverein eine Ausstellung und eine Broschüre gestaltet, die die Geschichte des Waldheims und eben auch ein Stück der Geschichte der Stuttgarter Arbeiterbewegung vermitteln. Die Ausstellung ist noch bis Dezember im Waldheim zu sehen, die Broschüre an der Theke erhältlich.
Öffnungszeiten: Mi-Sa ab 12 Uhr, So ab 10 Uhr.

Wir brauchen auch finanzielle Unterstützung Stuttgart links, Handzettel und vieles andere kosten Geld. Auch für kleine Spendenbeiträge sind wir dankbar. DKP Stuttgart, Spendenkonto 2078906, BW-Bank, BLZ 60050101.

Veranstaltungen im Waldheim Gaisburg,
Obere Neue Halde 1:

"Ende der Ungerechtigkeit - Freiheit sofort für die Miami Five"
Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba
Do. 6.10., 19.30 Uhr

Politischer Frühschoppen mit Gangolf Stocker
"Voksabstimmung zum Ausstiegsgesetz aus S21 - Mitmachen oder nicht?"
So. 16.10., 12.00 Uhr

Kundgebung
zur Erinnerung
an die Pogromnacht
am 9.11.2011 um 18.00 Uhr
Vor der ehemaligen Synagoge
in Bad Cannstatt

Am 9. November 1938 brannte auch die Synagoge in Bad Cannstatt. SA-Horden überfielen jüdische Geschäfte, drangen in Wohnungen ein, terrorisierten und verschleppten jüdische Bürger. Diese "Reichskristallnacht" war der Vorbote des Holocaust, des rassistischen Völkermordes an sechs Millionen Juden.

Einladung zu den Treffen der DKP

Gruppe Nord:
Di. 4.10. und Di. 18.10. , 19.00 Uhr
Bürgerzentrum Feuerbach (Bonatzbau), Stuttgarter Str. 15
(beim OBI, ehemaliges Roser-Areal)

Gruppe Cannstatt:
Di. 11.10. und Di. 8.11., 19.00 Uhr
Friedenskeller, Spreuergasse 45
Eingang Finstermünzgasse, Cannstatt